



Bericht über die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung

vom 29. April 1918.

Herr Stadthauptmann Hopf eröffnet die Sitzung um 5 Uhr nachmittags. Die Feststellung der Präsenz durch den Stadtssekretär Sticinskis ergibt die Anwesenheit von 46 Stadtverordneten; 12 fehlten entschuldigt.

Der Stadthauptmann fordert darauf die Stadtverordnetenversammlung auf, die in der letzten Sitzung in Aussicht genommenen Ausschüsse zu wählen.

In den „Ausschuß der Stadtverordneten“ werden durch Zuruf aus der Versammlung gewählt die Herren K. v. Büngner, A. Reusner, W. Reimers, A. Krasikals, F. Weinberg und K. Pehlischen; in den Berpflegungs-ausschuß die Herren W. Beyermann, M. Rukhtenberg, L. Bertholz, J. Eberhardt, A. Vogel, Dr. Lejin, J. Bukult, J. Frey, G. Rudfit, M. Meefis.

Der Herr Stadthauptmann teilt ferner ein Schreiben der Stadtdiskontobank mit. Hiernach sind 4 Sitze in dem Direktorium der Bank erledigt, nachdem die Wahlperiode der Herren Belmin und J. H. Beyermann am 1. April 1918

abgelaufen ist und die Herren Tode und Pirang durch Tod bezw. Verzug nach Rußland ausgeschieden sind. Die Diskontobank schlägt für die erstgenannten beiden Herren die Wiederwahl, und an Stelle der Herren Tode und Pirang die Wahl der Herren Löfer und Krastkaln vor. Entsprechend diesen Anträgen bestellt der Herr Stadthauptmann unter einstimmiger Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung die vorgeschlagenen Herren.

Darauf gibt der Stadthauptmann in längerer Rede einen Gesamtüberblick über die wirtschaftliche und Finanzlage der Stadtkommune Riga seit Besetzung durch die deutschen Truppen. Aus seinen Darlegungen sei folgendes hervorgehoben:

Der Rückgang der Bevölkerung um mehr als die Hälfte, — die Einwohnerzahl beträgt heute nur rund 240,000 Menschen, — die schlechte Finanzlage, die neuen Ausgaben, die weit über die enge kommunale Zuständigkeit von früher hinausgehen, die Desorganisation während der Revolutionszeit haben es nötig gemacht, eine fundamentale Neugliederung des Verwaltungsapparates vorzunehmen. Insbesondere führt der Stadthauptmann als Beispiel das frühere sogenannte Oekonomieamt an, welches schließlich die verschiedenartigsten Elemente in sich vereinigte, z. B. die Steuerkasse, den Haushaltsplan, daneben aber auch die Kunstschule, zum Teil die Grundstücksverwaltung und die Stadthauptkasse. Am Ende der Revolutionszeit kam dazu noch durch Personalunion das gewaltige Gebiet der Verpflegung. Hier ist reiner Tisch

gemacht worden. Die Personalien der gesamten Verwaltung sind jetzt an einer Geschäftsstelle vereinigt. Der Stadthauptmann berührt an dieser Stelle die Frage der Schaffung von Krankenkassen für Beamte und Arbeiterschaft der Stadt. Das Grundstücksamt ist als besondere Abteilung herausgehoben worden. Sämtlicher Grundbesitz der Stadt, soweit er nicht direkt öffentlichen Zwecken dient oder der Stadtgüterverwaltung zugehört, ist hier vereinigt. Große Aufgaben werden dem Amt nach Eintritt geregelter Verhältnisse erstehen in Bevölkerungs- und Besiedelungsfragen. Zweckmäßig tritt die Stadtparkasse und auch die Baupolizei in nahen Konnex mit diesem Amt im Interesse eines gesunden und großzügigen Städtebaues. Fast eine Neuschöpfung ist die Steuerverwaltung. Hier ist materielles Recht zu schaffen gewesen, indem die langgeplante allgemeine Einkommensteuer, die schon der frühere Stadtsekretär v. Carlberg in seiner Jubiläumsschrift von 1901 fordert, endlich eingeführt ist, desgleichen eine Gewerbesteuer. Neben dem Materiellen hatte die Steuerverwaltung auch einen erheblichen formellen Ausbau notwendig, um das Rüstzeug für Veranlagung und Einführung des neuen Steuersystems zu schaffen. Kommissionen mit insgesamt 150 ehrenamtlichen Mitgliedern sind neugebildet, neue Büros mußten eingerichtet werden. Der Stadthauptmann spricht bei den Steuerfragen die Hoffnung aus, daß auch die Kirchen-Finanz-

wirtschaft in der Stadt Riga im Anschluß an die neue Steuergesetzgebung auf eine gesündere Basis gestellt werden möge. Heute müssen sich die Kirchen notgedrungen von zum Teil recht hohen Gebühren usw. erhalten.

Die Stadthauptkasse ist mit der Kapital- und Schuldenverwaltung als besondere Finanzabteilung vereinigt.

Die Vollstreckung und Beitreibung aller Steuern und Gebühren — ausgenommen die Betriebsabgaben — sind in einer besonderen Abteilung, dem Vollstreckungsamt zusammengeschlossen. Nicht nur eine Verbilligung und schnellere Erledigung tritt hierdurch ein, sondern infolge der sich herausbildenden Ortskenntnis jedes nur für einen kleinen Bezirk zuständigen Vollstreckungsbeamten auch eine sachgemäße und promptere Erledigung. Auch die Vorladungen, auch die polizeilichen, werden durch das Amt erledigt. Ein Vertrauensauschuß steht dem Amte aus den Kreisen des Grundbesitzes zur Seite. Solange noch keine Landespost eingerichtet ist, ist eine städtische Postzustellung dem Vollstreckungsamt angegliedert.

In der Abteilung „Kunst und Wissenschaft“ sind Bibliotheken, Leshallen, Archive, Museen, Theater usw. gleichfalls unter sachgemäßer Leitung zusammengefaßt.

Aus der Not der Zeit heraus ist ein besonderes *Fuhramt* eingerichtet mit einem Zentral-Fuhrnachweis. 100 Droschken erhalten durch dieses Amt das so rare Pferdefutter, desgleichen die Omnibusse nach dem Kaiserwald. Die Aufsicht über die Pferde der städtischen Organisationen liegt dem Amte ob. Auch jeder

Privatmann kann aller Art Fuhrwerke direkt oder durch die Polizeiwachen bestellen. Das vorschwebende Ideal auf diesem Gebiete ist noch nicht erreicht, die Institution noch nicht so eingespielt, wie es die Verwaltung wünscht.

Der Armenverwaltung ist durch Auflösung der alten „Steuerverwaltung“, deren Beseitigung Blumenbach und v. Schrenck in ihren Schriften schon vor langen Jahren gefordert haben, für eine allgemeine Regelung des Armenwesens freie Bahn geschaffen. Mit Dank gedenkt der Stadthauptmann der großen Privatwohlthätigkeit in der Stadt, die entsprechend der historischen Entwicklung Rigas wesentlich auf nationaler und ständischer Gliederung basiert. Sie soll auch in Zukunft weiterwirken; doch müssen in einem zentralen „Wohlfahrtsamt“ alle Bestrebungen vereinigt sein, damit nicht an einer Stelle doppelt gegeben wird, während an anderen Stellen jede Hilfe fehlt. Das Elberfelder System mit ehrenamtlicher Mitarbeit in feinsten Verästelung empfiehlt sich vielleicht für das große Riga nicht durchgängig; bezahlte Bernsarbeit wird hinzutreten müssen. Fürsorgeerziehungsanstalten für Knaben und Mädchen sind in der Einrichtung begriffen, desgleichen eine Uebergangsanstalt, die gefallenen Mädchen den Rückweg in die bürgerliche Gemeinschaft ebnen soll.

Ganz gewaltig hat sich das Verpflegungssamt ausgewachsen. Nur einige Daten hierans: Ueber 100 Kessel zu je 1000 Mark und mehr sind, zum größten

Teil aus Deutschland, neu beschafft. Ihre sparsamere Heizvorrichtung wird hoffentlich den riesigen Holzverbrauch herabdrücken. 32 Volkstüchen in sanberer Ausstattung veransgaben zurzeit täglich über 80,000 Portionen. 3 Bürgerheime verpflegen 6000 Gäste mit ganzer Tagesverpflegung. 3 Speisehäuser, die gleichfalls volle Tagesverpflegung abgeben, sind eröffnet. Es werden demnächst weitere eröffnet, sodaß dann 20,000 Menschen in diesen Häusern voll verpflegt werden. 12,000 Schulkinder erhalten täglich in der Schule eine kräftige Mehlsuppe. 1½ Millionen Mark werden an Gehältern gezahlt. Der Umschlag des Amtes übersteigt, aufs Jahr umgerechnet, weit 300 Millionen Mark. Eine Preisprüfungsstelle hat bisher 800 gemeldete Fälle durchgeprüft und ist teilweise mit harten Strafen vorgegangen. Der Bedarf an Mitarbeit aus der Bürgerschaft ist bei der gewaltigen Organisation sehr groß. Leider fehlt es an leitenden Kräften immer noch. Der Stadthauptmann richtet nochmals dringend durch die Versammlung eine entsprechende Bitte an die Oeffentlichkeit. Das Ideal, daß der Verwaltung vorschwebt, ist die vollständige Speisung für den ganzen Tag. Die Holzversorgung der Stadt war schon in letzter Zeit einheitlich vom Handelsamt übernommen. Hier hat ein weiterer Ausbau stattgefunden. Kolonnen von 4—500 Mann sind mit der Beschaffung des riesigen Holzbedarfes für die Unternehmungen der Stadt beschäftigt. Auch für die Zivilbe-

bevölkerung soll nach Möglichkeit in den Sommermonaten Holz herangeschafft werden. Auf Kohle ist leider vorläufig in großen Mengen noch nicht zu rechnen. Aus dem Abban der Schützengraben sind der Stadt größere Mengen Holz zugeflossen.

Die Polizeiverwaltung mußte völlig neu aufgestellt werden. Dankbar ist hier derjenigen Männer zu gedenken, die sich bereitwillig sofort zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Einnahme der Stadt zur Verfügung stellten. Ein Einwohner-Meldeamt ist geschaffen, welches das Rückgrat jeder ordentlichen Kommunalwirtschaft, insbesondere auch für die Steuerverwaltung, bildet. Auf dem Gebiete der Sittenpolizei mußte nach den anarchischen Zuständen der Revolutionszeit scharf zugegriffen werden. Ein Krankenhaus für geschlechtskranke Dirnen ist seit längerem eingerichtet und wirkt im Interesse der Volksgesundheit. Ein Ausschuß von Damen steht der Sittenpolizei ratend und tatend zur Seite. Das Gefängniswesen ist neuorganisiert.

Auf dem Gebiete des Schulwesens ist insofern materiell eine tiefgreifende Veränderung in der neuen Zeit eingetreten, als bisher der Stadt nur die rein mechanisch-technische Verwaltung der Schulen oblag, während sie auf dem Gebiete der Pädagogik und des Lehrinhalts keinerlei Einfluß hatte.

Endlich gedenkt der Stadthauptmann in dem Zusammenhang noch des Warenbeschaffungssamtes, das im Interesse der Bevölkerung den Mangel an Waren des täglichen

Bedarfs beheben und den exorbitanten Preisstand für diese Sachen drücken sollte. Viel Gutes ist durch das Amt geleistet; auch viel Anerkennung hat es gefunden. Verschiedene Auswüchse und Härten werden beseitigt.

Er wendet sich nunmehr den Aufgaben zu, die mit dem vorbeschriebenen Rüstzeug der Stadtverwaltung zu erledigen sind. Er stellt hierbei an die Spitze den Satz, daß für die kommunale Wirtschaft ausschlaggebend die allgemeine Wirtschaftslage ist, die aber vorläufig leider nicht rosig aussieht. Riga lebte vom Ex- und Import, von der Industrie und vom Bankengeschäft. Der internationale Handel ist vorläufig gelähmt. Bezüglich der Industrie genügt der Hinweis, daß 14,000 Waggons mit Maschinen und Maschinenteilen evakuiert sind und über die Hälfte der Einwohnerschaft fehlt. Was an Geld und Geldeswert evakuiert ist, steigt ins Unberechenbare. Hinzu kommt endlich die Unsicherheit der Valutafrage, die jeder weitfichtigen, kaufmännischen Kalkulation den Boden entzieht.

Auch der Arbeitslosigkeit muß in diesem Zusammenhange gedacht werden. Für Frauen und schwächliche Personen fehlt es leider noch an Arbeit. Das Gouvernement beschäftigt eine Anzahl und auch die Eisenbahndirektion 8 hat in den letzten Tagen bereits 650 Personen eingestellt. Sorge der Verwaltung muß es bleiben, weitere Arbeitsgelegenheit zu schaffen. In den nächsten Tagen wird die Verwaltung mit positiven Plänen hervortreten.

Wenn so die allgemeine Wirtschaftslage darniederliegt, so ist im speziellen natürlich auch

die kommunale Finanzwirtschaft leider z. Bt. recht ungünstig. Als erfreulich kann gemeldet werden, daß die dem Waisengericht anvertrauten evaluierten 13 Millionen Rubel unverfehrt aus Dorpat bereits zurückgeführt sind. Noch sind aber ca. 20 Millionen Rbl. vom Bombard, Stadtklasse und der Sparkasse in Rußland, und auch die Diskontobank hat ihre großen liquiden Mittel noch nicht zurück erhalten. Eine gewaltige Haftung ruht in dieser Beziehung noch auf der Stadt. Der Stadtparkasse sind unter Garantie der Stadt durch ein Darlehen von Ob.-Ost von 3 Millionen Mark die notwendigen flüssigen Mittel zugeführt. Schwer geschädigt ist die Verwaltung durch die Zerstörung der Baulichkeiten auf den Stadtgütern und die planlose Abholzung der großen Forsten. Auf ca. 20 Millionen werden hier allein die der Stadt zugefügten Verluste geschätzt.

Hat so schon die Stadt lediglich durch ihre unglückliche Lage in der Nähe der Front unter den Kriegseignissen schwer gelitten, so noch besonders durch die revolutionäre Verwaltungsperiode. Der frühere erste Stadtssekretär v. Carlberg hat am 1. August 1917 ein schriftliches Gutachten erstattet, aus welchem der Stadthauptmann zitiert:

„Das Jahr 1915 schloß mit einem Unterschuf von ca. 1,400,000 Rbl., 1916 mit einem Unterschuf von 2,500,000 Rbl., 1917 wird mit einem Unterschuf von über 8,000,000 Rbl. schließen. Die Stadtverordnetenversammlung

hat seit dem April 1917 die städtische Wirtschaft planlos und ohne Rücksicht auf die zur Verfügung stehenden Mittel zu führen begonnen“; und v. Carlberg sagt weiter, daß „nach Angabe des Oberbuchhalters die städtischen Mittel in kürzester Frist erschöpft sein und ein vollständiges Versagen der Kasse zu Anfang September nicht zu umgehen sein wird. Sollte sich die Finanzlage für 1918 nicht bessern, so würde, der Unterschlag für 1918 (ohne das Defizit aus 1917) die Höhe von 16,500,000 Rbl. erreichen.“

Wie drauflosgewirtschaftet wurde, dafür fährt der Stadthauptmann als drastischen Beweis unter anderen die Ausgaben für die Miliz an, die 3 Millionen Rbl. auf das Jahr betragen. Dagegen ließ der Eingang der Steuern rapide nach². Schon im Jahre 1915 war die Staatsautorität derartig gesunken, daß die Staatssteuern kaum noch eingingen. Diese Erscheinung dehnte sich im Laufe des Jahres 1917 in immer schneller steigendem Maße auch auf die kommunalen Steuern aus. An diesen betrug der Rückstand bei Einzug der Deutschen bereits über 4 Millionen Mark.

Daß bei dieser Sachlage die Finanzen der Stadt heute nicht glänzend sein können, ist selbstverständlich. Durch erheblichen Steuernachlaß bei schneller Nachzahlung der Rückstände, durch sparsamste Wirtschaft auf allen Gebieten, Beteiligung an sämtlichen Kinos mit der Hälfte des Reingewinnes, zeitweilige Zeitungssteuer usw. usw., hat schließlich das Jahr 1917 nur mit der Hälfte des oben befürchteten Defizits abgeschlossen. Auch dieses

wird aus den zur Veräußerung gelangten Restbeständen der Anleihen für 1910 und 1917, Inanspruchnahme der Reservekapitalien usw. wohl gedeckt werden.

Der Herr Stadthauptmann wendet sich nunmehr dem neuen Wirtschaftsjahr 1918 zu. Es schließt auf der Ausgabenseite mit rund 44 Millionen Mk. ab, gegen einen balanzierenden Etat für 1914 mit rund 20 Mk. Die Steigerung der Ausgaben gegenüber dem Friedensbedarf beruht insbesondere in den Teuerungszulagen, in dem gewaltigen Ausbau des Verpflegungsamtes und in der Organisation der gesamten Steuerveranlagung. Die von Offizieren und Soldaten in der Stadtverwaltung ausgeübten Funktionen belasten hierbei nicht einmal den Etat. Im übrigen hängt die Ausgabensteigerung insbesondere mit den hohen Kosten für Heizmaterial und Verpflegung zusammen.

Im einzelnen seien aus dem Vortrag des Stadthauptmanns folgende Etatsposten vermerkt:

Die Finanzabteilung schließt mit einem Zuschuß von rund 5,5 Millionen Mark ab. Der Hauptanteil entfällt auf den Zinsendienst mit 3,5 Millionen. Eine erhebliche Reduktion gegenüber der buchmäßigen Zahl steht zu erwarten, weil die Zinsen teilweise nicht zur Erhebung gelangen; insbesondere gilt dies für die gewaltigste Anleihe, die englische (13 Millionen Pfl.). An Unterstützung für Kronpensionäre sind 650 000 Mk. eingelegt, obschon nur das zum Leben Notwendigste seitens der Stadt vorläufig verauslagt wird.

In derselben Höhe von 5,5 Millionen Mk. bewegt sich der Zuschuß zur Krankenhausverwaltung (gegenüber nur rund 2 Millionen Mark i. J. 1914.) Hier sind aber ca. 50% eigentlich Kosten der Armenverwaltung und der Sanitätspolizei. In Zukunft müssen die betr. Kosten auch zu Lasten dieser Verwaltungen gebucht werden, — wie überhaupt noch eine klarere Scheidung zwischen den einzelnen Etatstiteln in Zukunft angestrebt werden muß, um Gewinn und Verlust jedes Etatstitels sofort dem Auge klarzulegen. Die Kosten werden sich noch mehr verringern, sobald Kranken- und Invaliditätsversicherungen für zahlungsunfähige Schuldner die Lasten auf allgemeinere Schultern übertragen. Gerade die Krankenhausverwaltung bietet einen drastischen Beweis für die Kostensteigerung durch den Mangel an Kohle. Ca. 20% der Gesamtunkosten könnten bei Kohlenfeuerung erspart werden.

Augenblicklich beschäftigt ein unparteiischer Sachverständiger, den der Stadthauptmann aus Elberfeld hergebeten hat, die Rigaer Krankenanstalten auf Ersparnismöglichkeiten. Der Stadthauptmann konstatiert mit Genugtuung, daß die Krankenhausanlagen und -Verwaltung im allgemeinen auch den hohen Ansprüchen nach westdeutschem Maßstabe vollauf genügen. Eine Denkschrift über das Ergebnis des Besuches wird angefertigt.

Gewaltig sind auch die in Rechnung gestellten Kosten für die Quartierlast mit 5 Millionen Mark. Auch hier bildet den Hauptposten mit 4 Millionen Mark die Be-

heizung. Seitens der militärischen Dienststellen wird Bezahlung vorläufig aber nicht verlangt und die Regulierung der Frage hinausgeschoben.

Es folgt dann die Armenverwaltung mit einem Zuschuß von 4,5 Millionen Mark (1914: 1,4 Millionen Mark).

In weitem Abstand folgt das Bauamt mit der Bauaufsicht. Hier sind alle nicht unbedingt notwendigen Arbeiten zurückgestellt; der Zuschuß beträgt demgemäß nur 1,7 Millionen Mark gegenüber rund 3 Millionen Mark im Frieden.

Der Schuletat beansprucht einen Zuschuß von rund 1,7 Millionen Mark. Der Stadthauptmann zieht im einzelnen Parallelen zwischen der Frequenz im Frieden und jetzt. Obschon die Einwohnerzahl Rigas um mehr als die Hälfte gesunken ist, besuchen heute 6500 Volksschüler die städtischen Schulen gegenüber früher 8000. Allgemeine Schulpflicht ist leider zurzeit noch nicht möglich. Trotz der mißlichen Finanzlage sind in Summa für das gesamte Bildungswesen heute 2,3 Millionen Mark ausgeworfen gegenüber nur 1,8 Millionen i. J. 1914.

Polizei mit Feuerwehr beanspruchen einen Zuschuß von 1,5 Millionen Mark. Früher trug die Kosten der Polizei als Staatslast die Krone; die Stadt gewährte einen Zuschuß von rund 1 Million Mark, von der ihr auf ihren Antrag hin für das Jahr 1914 340,000 Mark erstattet wurden. Auch an dieser Stelle ist die gewaltige Steigerung für die Personalausgaben bemerkenswert, indem die Feuerwehr trotz etwas verringertem Bestande

gegenüber einem Friedensbedürfnis von 210,000 Mark heute 560,000 Mark erfordert. Die militärische Polizeikompanie und das Offizierkorps belasten den Etat der Stadt nicht.

Gegenüber den Ausgaben stehen buchnäßig nur 32,7 Millionen Mark an Einnahmen, so daß mithin ein Defizit von 11,6 Millionen Mark verbleibt, immerhin nur $\frac{1}{3}$ von dem früher befürchteten Unterschuß von 33 Mill. Mark.

Den Haupteinnahmeposten bilden die Steuern; nach dem Voranschlag i. Sa. 8,5 Millionen Mark. Davon soll die Immobiliensteuer 1,5 Millionen bringen, während sie früher für die Kommune rund 4 Millionen heranschaffte. Außerdem belasteten früher den Grundbesitz noch die Staatsimmobiliensteuer mit 2,2 Millionen M., die Mietsteuer und die Kapitalrentensteuer.

Handels- und Gewerbesteuer sind mit 1,6 Millionen M. veranschlagt, während diese Domäne für den Staat allein früher 4,5 Millionen und für die Stadt als kommunalen Zuschlag fast 1 Million Mark ergab.

Neu ist die schon seit langem geplante, bisher aber nie zur Durchführung gelangte allgemeine Einkommensteuer, die mit 1,5 Millionen Mark eingeseht ist. — Der Rest des Aufbringens verteilt sich auf Tabak-, Zigarren-, Erbschafts-, Stempel-, Umsatz-, Lustbarkeitssteuer und andere kleinere Abgaben. Die in den Etat eingesehten Posten für Einkommen- und Gewerbesteuer verstehen sich einschließlich 50 Prozent Zuschlag für die Einkommensteuer und

100 Prozent für die Gewerbesteuer. Von dem Zuschlag zur Immobiliensteuer wird abgesehen. Die Stadtverordnetenversammlung stimmt den Zuschlägen zu.

Die aus der Bürgerschaft sich zusammensetzenden Einschätzungskommissionen bieten die Gewähr dafür, daß Härten und Ungerechtigkeiten vermieden werden. Der Stadthauptmann betont an dieser Stelle auch ausdrücklich, daß ein allgemeiner Steuernachlaß, wie er, um einmal schnell Geld zu schaffen und mit der Vergangenheit reinen Tisch zu machen, gleich nach Einzug der Deutschen gewährt worden ist, nicht wieder in Frage kommt. Dahingehende Gerüchte entbehren jeder Begründung.

Rigas Stärke waren früher die Werke und der Grundbesitz. Da der Staat die Steuern fast ausschließlich für sich vindizierte, mußte die Kommune sich andere Einnahmequellen suchen, aus welchen sie dann ungefähr zwei Drittel ihres Bedarfs schöpfte. Die Werke sind nur mit einem Ueberschuß von 1,5 Millionen Mk. eingesetzt. Größere Ueberschüsse sind aber zu erwarten, wenn statt des Holzes die Kohlenfeuerung dauernd erreicht werden kann.

Die Stadtgüter haben im Frieden rund 600.000 Mk. Reinertrag gebracht; jetzt hofft man auf 150.000 Mk. Hier muß gewaltige Arbeit geleistet werden. Es gilt nicht nur das Alte aufzubauen, sondern neue Einnahmequellen zu schaffen durch Ausnutzung der großen Moore für Faserstoff-Industrie und Elektrizität. Projekte hierfür sind in Arbeit.

Die Stadt-Diskontobank liefert einen erfreulichen Zuschuß von mehr als

300,000 Mk. Als außerordentlicher Einnahmeposten figurirt ein Darlehn von der Darlehnskasse Ob. Ost in Höhe von 3 Millionen Mk.

Das Verpflegungssamt ist mit einem Gewinn von 500,000 Mark zwar eingesezt, es kann aber trotz des Riesenumschlages nicht vorausgesagt werden, ob dieser Ueberschuß tatsächlich erzielt werden wird, da die Stadt zurzeit für die rationierten Artikel, insbesondere Kartoffeln und Brot, ganz erhebliche Zuschüsse, die verschiedentlich bis zu 30 Prozent betragen, gewähren muß. Auch die in größtem Maßstabe vorgesehene Verpflegung in den Speisehäusern läßt eine einigermaßen sichere Kalkulation nicht zu. Da in der Vorratswirtschaft dauernd gewaltige Mittel festgelegt werden müssen, hat die Gouvernements-Intendantur in dankenswerter Weise hierfür 5 Millionen Mark vorgeschossen.

Die Zuschüsse der anderen Abteilungen bewegen sich in geringeren Höhen und werden vom Stadthauptmann nur im allgemeinen Ueberblick gegeben. Das allgemeine Bild der Finanzlage können sie nicht wesentlich beeinflussen.

Abschließend hofft der Stadthauptmann, daß das buchmäßige Defizit von fast 12 Millionen Mark am Jahresluß nicht erreicht werden wird, und zwar durch Ersparnisse beim Schuldendienst, durch Minderung der Armenlasten insolge Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, durch Holzverbilligung oder Beschaffung von Kohle, endlich aber vor allem dadurch, daß das Wirtschaftsleben allmählich wieder in Gang kommt und die gesunden Quellen der kommunalen Kraft wieder zu fließen beginnen.

Zum Schluß seiner Uebersicht erwähnt der Stadthauptmann noch, daß die beiden städtischen Theater infolge Uebernahme der Gesamtkosten für Beleuchtung und Beheizung durch die Stadt die ganze Spielfaison über im Betriebe sein konnten. Weiter deutschen und lettischen Kreisen ist so eine Stätte der Erholung und Erbauung geboten worden, — Er schließt seine Ausführungen mit dem Ausblick, daß zu ernstlicher Sorge kein Anlaß vorliege. Riga hat einen Grundbesitz, so gewaltig und reich, wie kaum eine Stadt in Deutschland. Auch ist die Verschuldung der Stadt, an dem Maßstabe deutscher Städte gemessen, verhältnismäßig gering. Hinzu kommt, daß eine richtige kommunale Wirtschaft bisher stets den größten Teil der Einnahmen aus Industrie, Landwirtschaft und anderen Betrieben bestritten hat. Wenn erst wieder geordnete Verhältnisse in Stadt und Land einziehen und Handel und Wandel in freier Arbeit sich betätigen können, wird Riga auch aus dieser Zeit der Trübsal gestärkt hervorgehen, wie schon so oft in der Geschichte.

Stadtverordneter Dr. Lejin spricht im Namen der Stadtverordnetenversammlung dem Stadthauptmann für die eingehende Uebersicht über die städtischen Angelegenheiten den Dank aus.

Stadtverordneter Reimers referiert über eine von ihm gezeichnete Eingabe betr. Bekämpfung der für den Sommer zu befürchtenden Epidemien. Im besonderen behandelt die Eingabe die zur Bekämpfung notwendigen Entlassungsanstalten, obligatorische Pocken- und Typhusimpfung, vor allem aber die

Gewährleistung einer einheitlichen fachgemäßen Leitung des gesamten Sanitätswesens; außerdem müßten auch energische Sanitätsärzte für die verschiedenen Stadtrayons vorgeesehen werden; auch seien die für die Epidemien erforderlichen Betten bereit zu stellen. Endlich müßten die notwendigen Behandlungsmittel und Medicamente beschafft werden.

Aus der Entgegnung des Hptm. Fuhrmann sei besonders folgendes hervorgehoben: Ein leitender Sanitätsarzt ist bereits in der von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Person des Herrn Dr. Musinowicz vorhanden. Ihm zur Seite stehen für die drei Unterbezirke 3 weitere Sanitätsärzte; außerdem arbeiten auf dem Gebiete des Gesundheitswesens eine große Schar ehrenamtlich tätiger Herren. Eine Desinfektionsanstalt ist in vollem Betriebe. Ständig werden Lebensmittelhandlungen und sonstige Einrichtungen auf ihre sanitäre Haltung hin geprüft. Zurzeit ist jedenfalls von einer Epidemie glücklicherweise nicht die Rede. Es ist aber bereits von der Verwaltung das von Herrn Reimers Angeregte vorgeesehen: 3 Entlausungsanstalten sind im Bau. Eine zwangsweise Impfung für die gesamte Bevölkerung kommt nicht in Frage, nur diejenigen Personen, die mit Erkrankten zusammen wohnten oder sonst mit ihnen in Berührung kamen, werden gezwungen werden, sich impfen zu lassen, falls sie nicht freiwillig der Aufforderung Folge leisten sollten. Für den Fall einer Epidemie stehen ferner im II. Stadtkrankenhaus 600 Betten bereit, auch verschiedene Klassen werden hier gegen besondere Bezahlung vorgeesehen werden.

Ruhrimpfstoff ist zurzeit für 10 000 Personen vorhanden, für 30 000 weitere ist bestellt; im übrigen kann jederzeit auf die militärischen Bestände zurückgegriffen werden. Eine Erweiterung des sanitätsärztlichen Personals wird für den Bedarfsfall ohne weiteres vorgenommen werden. Leider bestehen noch insofern Schwierigkeiten mit dem Krankentransport, als die alten Autos noch ohne Bereifung sind; beim A. O. K. ist schon dringend um dieselbe gebeten worden.

Stadtverordneter **L i e z** erwidert, daß verschiedene Medikamente, insbesondere Opium, nicht genügend in der Stadt zu haben seien. Der Stadthauptmann verspricht, diese Angabe zu untersuchen. Er stellt an die Versammlung die Frage, ob sie der Sanitätspolizei wieder eine Sanitätskommission begeben wolle, die sich, wie er aus der Jubiläumsschrift von v. Carlberg ersehen, früher stets sehr segensreich betätigt hat. — Dr. **Lejin** hält es für zweckmäßig, an die alte Kommission anzuknüpfen und sie sachgemäß zu ergänzen. Der Stadthauptmann verspricht, für die nächste Stadtverordnetenversammlung entsprechende Vorlage zu machen. — Stadtverordneter **Moriz** bittet, möglichst im Benehmen mit dem Ärzteverein vorzugehen.

Stadtverordneter **R e i m e r z** verweist darauf auf die allgemeine Arbeitslosigkeit und Not und hält es für dringend notwendig, Arbeitsgelegenheit zu schaffen, event. durch Schauffebanten oder durch Holzbearbeitung jeglicher Art.

Der **S t a d t h a u p t m a n n** erwidert, daß die Sorge des Herrn Reimers auch die Stadtverwaltung schon lange beschäftigt. Mit der

Militär-Eisenbahn-Direktion ist, wie bereits gesagt, Verbindung aufgenommen, die Zahl der von ihr in der Nähe Rigas beschäftigten Personen soll demnächst zirka 1000 erreichen. Der Gedanke der Holzbearbeitung ist bereits von der Verwaltung aufgenommen, und es wird am 2. d. Mts. eine kleine Muster-Ausstellung vorgeführt werden können.

Stadtverordneter Reimerz bemängelt die Bevormundung der Kaufmannschaft bei der Einfuhr von Waren. Es muß schriftlich angegeben werden, von wem die Ware bezogen wird, wie groß der Bedarf ist und wieviel die Ware kostet. Geschäftsgeheimnisse gibt aber niemand gern preis. Auch das Warenbeschaffungsamt behindert die freie Tätigkeit des Kaufmanns. Wenn der Kaufmann im okkupierten Gebiet frei herumfahren kann und wieder mit dem Lande in Fühlung kommt, kann er sich leicht wieder Ware beschaffen. Wenn auf diese Weise wieder Erwerbsmöglichkeit gegeben ist, wird Riga auch wieder aufblühen.

Der Stadthauptmann erklärt, daß die Frage der Freizügigkeit von Personen und Waren nicht der Zuständigkeit des Stadthauptmanns unterliegt. Es kann von hier aus nicht übersehen werden, ob militärische Rücksichten die Beschränkung verlangen. Der Wunsch der Stadtverordnetenversammlung wird aber weitergegeben werden. Was das Warenbeschaffungsamt angeht, so ist, wie von vielen Kaufleuten freiwillig bestätigt ist, eine Belebung des Handels der Stadt dadurch eingetreten. Ohne dieses wären die dringend notwendigen Artikel des täglichen Bedarfs nicht

so schnell in die Stadt gekommen. Das Amt verkauft nichts im Detail, wird in Zukunft auch noch den Zwischenhandel berücksichtigen, und läßt den Detaillisten noch einen guten Verdienst. Die Preise in der Stadt waren bei der Einnahme exorbitant hoch. Im Interesse der Bevölkerung hat hier das Warenbeschaffungamt zweifellos segensreich gewirkt. Der Stadthauptmann gibt zu, daß der gegebene Rahmen etwas überschritten ist und daß hier Aenderung eintreten werde.

Die Stadtverordneten Blumenbach und Rutenberg bringen kurze Wünsche hinsichtlich der *Berpflegungsfragen* vor, auf die *Bentnant Lam y* erwidert, daß in *Transdina* am 1. Mai ein Speisehaus errichtet ist und daß im Mai noch eine *Kartoffelansgabe* erfolgen wird. Wer sich ferner *Saatgut* aus *Liv-* und *Estland* besorgen will, erhält sofort durch *Bermittelung* des *Berpflegungsamtes* einen *Reiseschein*. Auf den *Appell* um *freiwillige* *Mitarbeit* in den *Berpflegungshäusern* hat sich bisher erst ein einziger *Berein* gemeldet, dem die *Verwaltung* die gewünschte *Unterstützung* gewähren wird.

Stadtverordneter von *Klot* kommt nochmals auf die *Beschwerde* des *Stadtverordneten* *Reimers* zurück, daß die *Verkehrsbehinderungen* immer noch außerordentlich sind, obgleich *Riga* nunmehr 8 Monate befreit ist. In *Livland* ist der *freie Verkehr* auf Grund des *Armeepasses* bereits gestattet. Um für *Riga* *Besserung* zu erreichen, schlägt er vor, eine *Deputation* von 3 *Stadtverordneten* an den *Herrn Chef* der *Verwaltung* *Ob.-Ost* zu senden.

Stadtverordneter Reusner schließt sich diesem Vorschlage nachdrücklichst an.

Der Stadthauptmann erwidert, daß er entsprechend dem zu beachtenden Instanzenweg den Wunsch der Stadtverordnetenversammlung unterstützen wird.

Schluß der Versammlung am 7 Uhr abends.
